



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die sogenannten ANKER-Zentren durch konsequente Ausschöpfung aller rechtlich zulässigen Möglichkeiten obsolet zu machen und aufzulösen.

Dazu ist auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass

1. die deutschen Außengrenzen effektiv geschützt werden, solange der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert;
2. die rechtsstaatliche Ordnung an den deutschen Grenzen wiederhergestellt wird.

Dazu sind auf Landesebene

1. alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten zur Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern konsequent umzusetzen;
2. falsche Anreize zur Integration von Asylbewerbern mit schlechter Bleibeperspektive zu unterlassen;
3. zum Schutz der abgelehnten alleinstehenden, weiblichen Asylbewerber und ihrer Kinder diese bis zu ihrer Rückführung in ihre Heimatländer in separaten Abschiebezentren unterzubringen;
4. schulpflichtige Kinder in den Unterkünften möglichst in ihrer Muttersprache zu unterrichten sowie
5. Remigrationsbeauftragte vor Ort mit der Beratung von abgelehnten Asylbewerbern zu betrauen, damit eine reibungslose Remigration in deren Heimatländer gelingen kann.

Begründung:

Die Situation im sogenannten ANKER-Zentrum in Donauwörth ist unter anderem deshalb außer Kontrolle geraten, weil die dort untergebrachten abgelehnten Asylbewerber nicht effektiv und in ausreichender Zahl abgeschoben werden. Denn die weit überwiegende Zahl aller Rückführungen scheitert aus den verschiedensten Gründen.

Die dezentrale Unterbringung in Dependancen verlagert die Probleme nur in andere Gemeinden und wird dort in kurzer Zeit zu denselben Missständen führen. Die Anwohner in Mering beispielsweise sind schon jetzt sehr beunruhigt und befürchten eine drastische Verschlechterung ihrer Sicherheitslage. Die Sorgen der Bevölkerung im Umfeld solcher Zweigstellen müssen ernst genommen werden.

Ausschreitungen und Straftaten, wie sie in Donauwörth vorgekommen sind, können vermieden werden, wenn negativ beschiedene Asylbewerber zügig und konsequent abgeschoben werden.

Integrative Fehlanreize sind zu unterbinden, da hiermit uneindeutige Signale gesendet werden, die bei den abgelehnten Asylbewerbern falsche Hoffnungen wecken.

Alleinstehende Frauen und Kinder sind besonders schutzbedürftig, weshalb sie vor Übergriffen innerhalb der Einrichtung zu schützen sind.

Schulpflichtige Kinder in den Einrichtungen haben einen Anspruch auf einen Schulunterricht. Dieser hat möglichst in ihrer Heimatsprache zu erfolgen, um den schulischen Erfolg nach der Rückkehr ins Heimatland nicht zu gefährden.

Vielmehr sind Remigrationsbeauftragte vor Ort zu installieren, die den abgelehnten Asylbewerbern dauerhafte Bleibeperspektiven in ihren Heimatländern aufzeigen.

Da das ANKER-Zentrum in Donauwörth aufgelöst werden soll, eignet sich diese Einrichtung als Vorbild für ganz Bayern. Durch konsequente Abschiebung der ausreisepflichtigen Asylbewerber können dezentrale Unterbringungen und Einrichtungen, wie z. B. in Mering, noch komplett vermieden werden.